

## Öffentliche Finanzen

### Öffentlicher Gesamthaushalt

---

Die Lage der deutschen Staatsfinanzen hat sich im abgelaufenen Jahr leicht verbessert. Nach den ersten vorläufigen Angaben betrug das gesamtstaatliche Defizit 3,5 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP).<sup>1)</sup> Es lag damit etwas unter dem Wert des Vorjahres (3,7 %) und merklich niedriger als unter anderem von der Bundesregierung erwartet. Auf Grund der relativ günstigen Haushaltsentwicklung zum Jahresende, die wohl in das vorläufige Ergebnis noch nicht vollständig eingeflossen ist, könnte das Defizit noch etwas nach unten revidiert werden. Die im Maastricht-Vertrag verankerte Obergrenze von 3 % für die Defizitquote wurde gleichwohl zum vierten Mal in Folge überschritten. Die Schuldenquote, die den Referenzwert seit einigen Jahren zunehmend übersteigt, ist weiter deutlich gewachsen.

*Lage der  
Staatsfinanzen  
2005 leicht  
verbessert*

Die Konjunktur belastete die staatlichen Haushalte 2005 geringfügig stärker als im Vorjahr, während temporäre Effekte die Defizite per saldo kaum beeinflussten. Insgesamt hat sich der strukturelle, also um konjunkturelle und andere temporäre Effekte bereinigte Finanzierungssaldo leicht verbessert.

*Konjunktur und  
temporäre  
Effekte per  
saldo ohne  
nennenswerten  
Einfluss*

Die Einnahmenquote blieb im vergangenen Jahr weitgehend unverändert bei 43 ¼ %.<sup>2)</sup> Dämpfend wirkte dabei, dass sich vor allem

*Einnahmen-  
quote etwa  
unverändert*

---

1 Der Verkauf von Ansprüchen der Postpensionskasse wurde dabei im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen defizitneutral verbucht.

2 Im vorläufigen Ergebnis für 2005 wurde die Postpensionskasse dem Staatssektor zugeordnet. Der daraus resultierende Anstieg der Einnahmen und der Ausgaben gegenüber dem (noch nicht angepassten) Vorjahr wurde hier herausgerechnet.

die Bruttolöhne und -gehälter als gesamtwirtschaftliche Bemessungsgrundlage der Lohnsteuer und der Sozialversicherungsbeiträge wie schon in den Vorjahren schwächer als das BIP entwickelten. Außerdem wogen die Mindereinnahmen durch die letzte Stufe der Einkommensteuerreform deutlich schwerer als aufkommenserhöhende Maßnahmen an anderer Stelle (gewinnabhängige Steuern, Tabaksteuer, Kfz-Steuer). Schließlich dämpfte die Verbrauchsreaktion auf die gestiegenen Energiepreise die Einnahmen aus der Mineralölsteuer, die als Mengensteuer ausgestaltet ist. Günstig entwickelten sich dagegen die gewinnabhängigen Steuern und die sonstigen Einnahmen. Bei letzteren schlugen die Subventionsrückzahlungen der Landesbanken und insbesondere die im vergangenen Jahr erstmals erhobene LKW-Maut zu Buche.

*Ausgabenquote leicht zurückgeführt*

Die Ausgaben gingen im Jahr 2005 in Relation zum BIP leicht auf 46 $\frac{3}{4}$  % zurück. Wie in den Vorjahren sanken die Personalausgaben und die staatlichen Investitionen dem absoluten Betrag nach. Darüber hinaus nahmen die Aufwendungen für Renten und Pensionen kaum zu. Schließlich blieben die Zinsausgaben trotz der schnell steigenden Staatsschulden nahezu unverändert, weil das niedrige Zinsniveau weiterhin eine vorteilhafte Refinanzierung fälliger Schuldtitel ermöglichte. Dem steht entgegen, dass die Gesundheitsausgaben und die Zuführungen an den EU-Haushalt wieder beträchtlich wuchsen. Auch nahmen die arbeitsmarktbedingten Ausgaben deutlich zu. Neben der ungünstigen Beschäftigungsentwicklung haben auch die Arbeitsmarktreformen – entgegen den ursprünglichen Erwartungen – die staatlichen Haus-

halte belastet. Das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Mehrausgaben im Vorjahrsvergleich ist aber deutlich niedriger als die Überschreitung der Haushaltsplanungen des Bundes, die zuletzt im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stand.

Im laufenden Jahr könnte die Einnahmenquote leicht sinken, obwohl im Gegensatz zu den Vorjahren per saldo keine weiteren Abgabensenkungen zu verzeichnen sind. So dürften die nichtsteuerlichen Einnahmen zurückgehen, da hier positive Sondereffekte des Jahres 2005 entfallen. Auch dürften sich die sozialversicherungspflichtigen Entgelte weiter schwach entwickeln. Aus heutiger Sicht ist bei voraussichtlich nahezu unveränderten Beitragssätzen mit einer Stagnation der Sozialversicherungsbeiträge zu rechnen. Die Vorverlegung von Abführungsterminen für Sozialbeiträge wirkt sich in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen nicht aus, so dass sich der Verzicht auf echte Konsolidierungsmaßnahmen hier spürbar negativ niederschlägt.

Die Ausgabenquote könnte 2006 merklich zurückgehen, wenn auf allen staatlichen Ebenen ein sparsamer Kurs verfolgt wird. Dazu dürften wiederum die Personalausgaben beitragen, die insbesondere vor dem Hintergrund des fortgesetzten Personalabbaus weiter zurückgehen könnten. Auch die Rentenausgaben werden wohl nur begrenzt steigen, da nicht mit einer Anhebung zur Jahresmitte zu rechnen ist. Die arbeitsmarktbedingten Ausgaben könnten im Gegensatz zum Vorjahr sinken. Die Zinsausgaben werden durch die güns-

*Ausblick auf 2006: Einnahmentwicklung gedämpft*

*Merklicher Rückgang der Ausgabenquote möglich*

tigen Finanzierungsbedingungen weiter gedämpft werden.

*2006 Erreichen  
der 3 %-Grenze  
möglich...*

Insgesamt kann somit bei sparsamer Haushaltsführung und Verzicht auf neue, die öffentlichen Haushalte belastende Maßnahmen in diesem Jahr ein Rückgang des Staatsdefizits erwartet werden. Die im Rahmen der Koalitionsvereinbarung angekündigten und nun konkretisierten Maßnahmen dürften die öffentlichen Haushalte nur wenig belasten. Zudem ist grundsätzlich ein sparsamer Ausgabenkurs angelegt. Die Konjunktur dürfte positiv auf die Entwicklung der öffentlichen Finanzen wirken. Zwar ist zu erwarten, dass sich alles in allem das strukturelle Haushaltsdefizit ohne weitere Entlastungsmaßnahmen nur mäßig verringert. Die 3 %-Grenze ist aber im laufenden Jahr erreichbar.

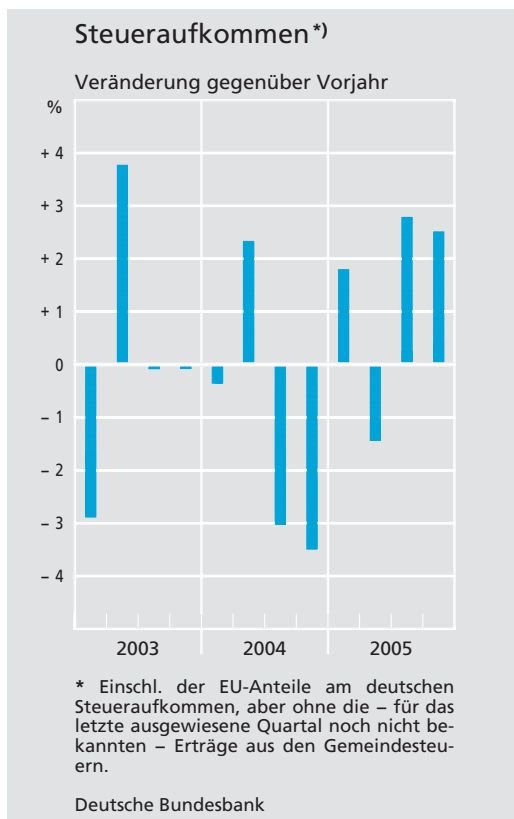
*... und  
anzustreben*

Vor dem Hintergrund der europäischen Regeln, der seit 2002 ununterbrochenen Überschreitung der fiskalischen Obergrenzen, des begrenzten Abstands zum 3 %-Limit im Jahr 2005 und der zu erwartenden günstigen konjunkturellen Entwicklung sollte die Einhaltung des Referenzwertes für das Defizit im laufenden Jahr angestrebt werden. Dies gilt umso mehr, als der geänderte Stabilitäts- und Wachstumspakt für Länder mit einem übermäßigen Defizit eine strukturelle Konsolidierung um jährlich mindestens 0,5 % des BIP vorsieht – was als wichtige Neuerung herausgestellt wurde. Die konjunkturellen Aussichten stehen einer gleichmäßigeren zeitlichen Verteilung der bisher erst für das Jahr 2007 geplanten Defizitrückführung nicht im Wege. Ohne ausreichende Anstrengungen riskiert

Deutschland die Verschärfung des Defizitverfahrens.

Mit der Einhaltung der 3 %-Grenze darf die Konsolidierung aber keinesfalls als abgeschlossen angesehen werden. Vielmehr erfordern die europäischen und nationalen Haushaltsregeln, dass das Defizit auch darüber hinaus zügig verringert wird. Sowohl im Stabilitäts- und Wachstumspakt als auch im deutschen Haushaltsgrundsatzgesetz ist die Vorgabe eines annähernd ausgeglichenen Haushalts enthalten, und der Pakt sieht bis zum Erreichen dieses Ziels eine weitere jährliche strukturelle Konsolidierung um 0,5 % des BIP vor. Zudem werden der Bund und auch einige Länder – selbst bei Umsetzung der im Koalitionsvertrag umrissenen Maßnahmen – auch über das Jahr 2007 hinaus zusätzliche Anstrengungen unternehmen müssen, um den verfassungsmäßigen Haushaltsgrundsätzen gerecht zu werden. Eine Rückführung der Defizit- und der Schuldenquote ist schließlich auch notwendig, um insbesondere vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklungen besser auf die zukünftigen Haushaltsbelastungen vorbereitet zu sein. Das Vertrauen in eine handlungsfähige Finanzpolitik würde gestärkt und auch Spielraum für das Wirkenlassen der automatischen Stabilisatoren in einer konjunkturellen Schwächephase geschaffen. Würden dagegen die Konsolidierungsanstrengungen jetzt mit dem Hinweis auf Mehreinnahmen infolge der positiveren Konjunkturaussichten gemindert, so widerspräche dies nicht zuletzt einer der grundlegenden Intentionen des geänderten Stabilitäts- und Wachstumspakts – nämlich einer

*Konsolidierung  
über Erreichen  
der 3 %-Grenze  
hinaus  
erforderlich*



verstärkten Konsolidierung bei günstigerer gesamtwirtschaftlicher Entwicklung.

## Haushalte der Gebietskörperschaften

### Steuereinnahmen

Anstieg der Steuereinnahmen im vierten Quartal...

Im vierten Quartal 2005 überschritten die Steuereinnahmen<sup>3)</sup> ihren Vorjahrswert um 2 ½ %. Ausschlaggebend war das starke Wachstum bei den Veranlagungssteuern um 31% und der Aufkommenszuwachs bei der Umsatzsteuer von 3%. Dem stand ein Rückgang vor allem bei der Lohn- (– 4 ½ %) und der Mineralölsteuer (– 3 ½ %) gegenüber.

... und im Gesamtjahr

Im Gesamtjahr wuchsen die Steuereinnahmen um 1 ½ % (+ 6 Mrd €) und nahmen da-

mit erstmals seit dem Jahr 2000 wieder merklich zu. Die Erträge aus den Veranlagungssteuern stiegen nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer günstigen Gewinnentwicklung um 41% (+ 7 ½ Mrd €). So schloss die veranlagte Einkommensteuer mit einem Plus von 81% (+ 4 ½ Mrd €) ab. Hier nahm zum einen das Brutto-Aufkommen trotz der Tarifsenkung 2005 zu. Zum anderen sanken insbesondere auf Grund der Maßnahmen des Haushaltsbegleitgesetzes 2004 die ausgezahlte Eigenheimzulage (– ½ Mrd €) und die Erstattungen an Arbeitnehmer (– 2 ½ Mrd €), die jeweils vom Kassenaufkommen der veranlagten Einkommensteuer abgesetzt werden. Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer wuchsen um 24 ½ % (+ 3 Mrd €), was auch mit den gesetzgeberischen Maßnahmen zur Stabilisierung des Aufkommens zusammenhängen dürfte. Die Erträge aus der Lohnsteuer sanken bei einem leichten Rückgang der Bruttolöhne und -gehälter um 4% (– 5 Mrd €). Hierfür waren die Tarifsenkungen ausschlaggebend, deren Aufkommenswirkungen allerdings geringer gewesen sein dürften als zunächst erwartet worden war. Unter den verbrauchsabhängigen Steuern wuchsen die Einnahmen aus der Umsatzsteuer – bei einer nur schwachen Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Bemessungsgrundlage – um gut 1 ½ % (+ 2 ½ Mrd €). Das Aufkommen der Mineralölsteuer ging infolge des gesunkenen Kraftstoffverbrauchs um 4% (– 1 ½ Mrd €) zurück. Demgegenüber ergab sich auf Grund der Steuererhöhungen bei der Tabaksteuer

<sup>3</sup> In der haushaltsmäßigen Abgrenzung. Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die für das vierte Quartal noch nicht bekannten Erträge aus den Gemeindesteuern.

## Steueraufkommen und wichtige Einzelsteuern

Steuerart	Gesamtjahr				Schätzung für 2005 <sup>3)</sup>	4. Vierteljahr			
	2004		2005			2004		2005	
	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	in Mrd €	Veränderung gegenüber Vorjahr in Mrd €	Mrd €		Veränderung gegenüber Vorjahr in %	in Mrd €
Steuereinnahmen insgesamt <sup>1)</sup>	409,5	415,4	+ 1,4	+ 5,8	<sup>4)</sup> + 7,4	118,0	120,9	+ 2,5	+ 3,0
darunter:									
Lohnsteuer	123,9	118,9	- 4,0	- 5,0	- 1,5	35,5	33,9	- 4,5	- 1,6
Veranlagte Einkommensteuer	5,4	9,8	+ 81,1	+ 4,4	- 0,3	5,0	6,0	+ 20,4	+ 1,0
Kapitalertragsteuern <sup>2)</sup>	16,7	16,9	+ 1,5	+ 0,3	+ 0,4	2,1	2,7	+ 27,1	+ 0,6
Körperschaftsteuer	13,1	16,3	+ 24,5	+ 3,2	+ 4,1	3,7	5,4	+ 45,0	+ 1,7
Umsatzsteuern	137,4	139,7	+ 1,7	+ 2,3	+ 3,2	35,5	36,5	+ 2,9	+ 1,0
Mineralölsteuer	41,8	40,1	- 4,0	- 1,7	- 0,3	16,6	16,0	- 3,7	- 0,6
Tabaksteuer	13,6	14,3	+ 4,7	+ 0,6	+ 1,1	4,3	4,2	- 1,8	- 0,1

<sup>1</sup> Einschl. der EU-Anteile am deutschen Steueraufkommen, aber ohne die (für das letzte ausgewiesene Quartal noch nicht bekannten) Erträge aus den Gemeindesteuern. — <sup>2</sup> Einschl. der Erträge aus dem steuerlichen

Zinsabschlag. — <sup>3</sup> Laut offizieller Steuerschätzung vom November 2004. — <sup>4</sup> Für die Steuereinnahmen inklusive (noch geschätzter) Gemeindesteuern lag das Ergebnis um rd. 1 Mrd € höher als die Schätzung.

Deutsche Bundesbank

ein Zuwachs von gut 4 ½ % (+ ½ Mrd €) trotz des anhaltenden Verbrauchsrückgangs. Bei der Kraftfahrzeugsteuer wurde wegen des Auslaufens von Steuerbegünstigungen für schadstoffarme PKW ein deutliches Plus von 12 % (+ 1 Mrd €) verzeichnet.

Insgesamt lagen die Steuereinnahmen (einschl. noch geschätzter Gemeindesteuern) um etwa 1 Mrd € höher als in der offiziellen Schätzung vom November 2004 erwartet. Die sehr volatilen gewinnabhängigen Steuern schlossen per saldo sogar deutlich höher ab. Hier spielte die besondere Schätzunsicherheit bezüglich der Bemessungsgrundlage, der Veranlagungsverzögerung und des Einflusses der Steuerrechtsänderungen eine Rolle, wobei auch der merkliche Rückgang der vom Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer

abgesetzten Erstattungen an Arbeitnehmer nicht in diesem Umfang erwartet worden war. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer und den wichtigsten verbrauchsabhängigen Steuern waren dagegen insbesondere wegen der schwächeren Entwicklung der Bemessungsgrundlagen geringer als prognostiziert. Im Vergleich zur jüngsten offiziellen Schätzung vom November 2005 ergab sich eine Abweichung von + 3 Mrd €. Hierzu hat vor allem der starke Zuwachs bei den gewinnabhängigen Steuern im Dezember beigetragen. Die Volkswirtschaftliche Steuerquote stieg leicht auf 20,1%.

Im laufenden Jahr dürfte die Wirkung von Steuerrechtsänderungen per saldo eher gering sein. Dabei schlagen einerseits noch in den vorangegangenen Legislaturperioden be-

2006 mäßige Aufkommenswirkungen von Rechtsänderungen

Aufkommen 2005 oberhalb der Erwartungen

schlossene Rechtsänderungen zu Buche, die ihre einnahmenerhöhenden Wirkungen allmählich entfalten. Andererseits werden nach dem Regierungswechsel verabschiedete beziehungsweise in Aussicht gestellte Maßnahmen die öffentlichen Haushalte insgesamt belasten. Diese zielen zwar teilweise auf eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen der direkten Steuern und den Abbau von Steuersubventionen. In der Aufkommensentwicklung 2006 überwiegt aber die Schaffung neuer und die Erweiterung bestehender Sonderregeln. Dadurch verspricht man sich einen positiven Einfluss auf das Wirtschaftswachstum. Ob hierdurch tatsächlich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden beziehungsweise ob ein konjunkturpolitisch motiviertes Handeln des Staates – nicht zuletzt mit Blick auf die insgesamt recht günstigen Wirtschaftsaussichten für das laufende Jahr – überhaupt angezeigt ist, erscheint jedoch fraglich. Dies gilt umso mehr, als grundsätzlich ein einfacheres, transparenteres und effizienteres Steuersystem angestrebt wird.

*Für 2006  
weiterer  
Aufkommens-  
zuwachs  
erwartet*

Für 2006 ist insgesamt damit zu rechnen, dass sich die steuerergiebigen Bemessungsgrundlagen (Bruttolöhne und -gehälter sowie modifizierte inländische Verwendung) günstiger entwickeln als im vergangenen Jahr und dass die Verbrauchsanpassungen bei den Mineralölprodukten nicht zu einem erneuten deutlichen Rückgang des Mineralölsteueraufkommens führen. Auch bei einer schwächeren Entwicklung der gewinnabhängigen Steuern dürfte das Aufkommen insgesamt weiter steigen. In der letzten offiziellen Schätzung wurde eine Zunahme um 2,1% und

eine etwa unveränderte Volkswirtschaftliche Steuerquote erwartet. Die bislang angekündigten zusätzlichen Maßnahmen dürften den Anstieg jedoch um knapp einen halben Prozentpunkt dämpfen.

### **Bundeshaushalt**

Der Bundeshaushalt verzeichnete im vierten Quartal 2005 einen Überschuss von 6 ½ Mrd € nach gut 7 ½ Mrd € vor Jahresfrist. Trotz eines um knapp 1 ½ % höheren Steueraufkommens gingen die Gesamteinnahmen um gut ½ % gegenüber dem Schlussquartal 2004 zurück, als umfangreiche Beteiligungsveräußerungen verbucht worden waren. Die Ausgaben wuchsen um 1%. Zwar übertrafen die Aufwendungen im Zusammenhang mit der Hartz IV-Reform weiterhin die vergleichbaren Belastungen im Jahr zuvor deutlich. Umfangreiche Minderausgaben resultierten dagegen aus nach der Verbriefung von Ansprüchen der Postpensionskasse entfallenen Zahlungen zu deren Defizitausgleich. Zudem ergaben sich Entlastungen auf Grund des günstigeren Abschlusses der Bundesagentur für Arbeit sowie des relativ niedrigen Bundeszuschusses zur Rentenversicherung, nachdem bereits im September Teile davon als Liquiditätshilfe vorgezogen worden waren.

*Bundeshaushalt  
im vierten  
Quartal mit  
etwas  
niedrigerem  
Überschuss*

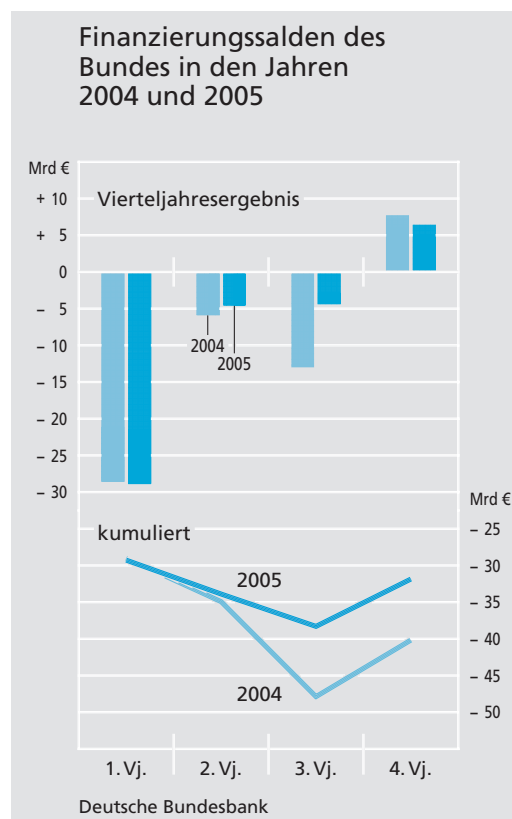
Nach dem vorläufigen Abschluss fiel das Defizit des Bundeshaushalts im Jahr 2005 mit 31 ½ Mrd € um gut 8 Mrd € niedriger aus als ein Jahr zuvor. Ausschlaggebend hierfür war, dass der Einsatz von Vermögenswerten des Bundes und die Anspruchsverbiefung der Postpensionskasse zu einer zusätzlichen Entlastung in Höhe von knapp 12 Mrd € im Ver-

*Defizit im  
Gesamtjahr  
2005 niedriger  
als erwartet*

gleich zum Vorjahr führten. Obwohl das im Haushaltsplan für 2005 veranschlagte Defizit von knapp 22 ½ Mrd € deutlich überschritten wurde, fiel das Ergebnis günstiger aus als zuletzt von der Regierung angedeutet. Insbesondere angesichts der angekündigten überplanmäßigen Ausgaben für die Hartz IV-Reform von 8 ½ Mrd €, der nach der letzten Steuerschätzung erwarteten Mindereinnahmen von 2 Mrd € und der um fast 1 ½ Mrd € niedriger als veranschlagt ausgefallenen Gewinnausschüttung der Bundesbank war mit einem Defizit von rund 35 Mrd € gerechnet worden. Fühlbare Entlastungen beim Zuschussbedarf der Bundesagentur für Arbeit und bei den Zinsausgaben sowie deutlich geringere Steuerausfälle sorgten aber letztlich für einen günstigeren Jahresabschluss.

*2006 deutlich  
höheres Defizit  
als im Sommer  
2005  
angekündigt*

Am 22. Februar ist die Verabschiedung eines überarbeiteten Entwurfs für den Haushalt 2006 durch das Bundeskabinett vorgesehen. Bislang sind allerdings noch keine genauen Eckzahlen veröffentlicht worden. Das im Regierungsentwurf vom Sommer 2005 vorgesehene Defizit von knapp 22 Mrd € soll aber weit überschritten werden und eine Größenordnung von 38 Mrd € bis 39 Mrd € erreichen. Ausschlaggebend hierfür ist offenbar vor allem eine deutliche Verringerung der Ansätze für Vermögensverwertungen, die gegenüber den Planungen vom Sommer 2005 stärker über die neue Legislaturperiode verteilt werden sollen. Hinzu kommen Mehrbelastungen durch die nun wohl höher eingeschätzten Ausgaben für das Arbeitslosengeld II und die weitere Beteiligung an den von den Kommunen übernommenen Unterkunftskosten der Leistungsempfänger. Zudem



schlagen Belastungen aus dem im Januar konkretisierten Wachstumspaket zu Buche. Die stärkere Förderung der CO<sub>2</sub>-Gebäude-sanierung, eine Ausweitung der Verkehrs-investitionen und der Forschungsförderung sowie Steuerausfälle aus den zur Wachstumsstimulierung geplanten Maßnahmen dürften die Deckungslücke im Bundeshaushalt 2006 ausweiten. Auf der anderen Seite stellt nicht zuletzt die nunmehr günstigere Ausgangsbasis bei den Steuereinnahmen und den Zinsausgaben ein gewisses Gegengewicht dar. Weiterhin sehen die Koalitionsvereinbarungen Einsparungen bei den Verwaltungsausgaben vor, die zum Großteil durch eine Kürzung des Weihnachtsgeldes, aber auch durch eine Verlängerung der Wochenarbeitszeit für Bundesbeamte erreicht werden sollen. Die von der Bundesregierung geplanten Anpassungen

### Marktmäßige Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften

Mrd €

Zeit	Ins-gesamt	Darunter:		Nach-richtlich: Erwerb durch das Ausland
		Wert-papiere <sup>1)</sup>	Schuld-schein-dar-lehen <sup>2)</sup>	
2004	+ 72,3	+ 70,7	- 16,8	+ 66,8
1. Vj.	+ 45,3	+ 34,6	+ 4,1	+ 26,6
2. Vj.	+ 8,2	+ 14,6	- 9,6	+ 1,5
3. Vj.	+ 17,6	+ 17,1	- 0,9	+ 24,4
4. Vj.	+ 1,2	+ 4,4	- 10,4	+ 14,3
2005 <sup>ts)</sup>	+ 58,6	+ 63,9	- 11,1	...
1. Vj.	+ 26,7	+ 17,3	+ 7,5	+ 24,8
2. Vj.	+ 8,2	+ 13,4	- 6,3	+ 26,9
3. Vj.	+ 14,7	+ 15,3	- 1,3	+ 13,2
4. Vj. <sup>ts)</sup>	+ 8,9	+ 17,8	- 10,9	...

1 Ohne Ausgleichsforderungen. — 2 Einschl. Kassenverstärkungs- und Geldmarktkredite.

Deutsche Bundesbank

der Hartz IV-Reform sollten den Bundeshaushalt zwar schon im laufenden Jahr um 3 Mrd € entlasten, durch die Verzögerungen bei der Umsetzung erscheint dies jedoch kaum noch erreichbar.

Alles in allem ist eine deutliche Überschreitung der Regelgrenze für die Neuverschuldung nach Artikel 115 GG vorgezeichnet. Bei der allgemein erwarteten Konjunktorentwicklung ist eine solche Verfehlung problematisch. Der Konsolidierungsbedarf des Bundes wird noch deutlicher, wenn berücksichtigt wird, dass erhebliche Vermögensveräußerungen das strukturelle Finanzierungsdefizit teilweise verdecken. Es darf nicht übersehen werden, dass auch bei Einhaltung der 3 %-Grenze des Maastricht-Vertrages die strukturelle Einhaltung der verfassungsmäßigen

Kreditgrenzen erhebliche zusätzliche Anstrengungen erforderlich macht.

Die Sondervermögen des Bundes schlossen das Jahr 2005 mit einem deutlich auf 4 Mrd € gewachsenen Überschuss ab (2004: 2 Mrd €). Ausschlaggebend hierfür war, dass die Darlehensrückflüsse beim ERP-Sondervermögen die Darlehensvergaben noch deutlich stärker überwogen als im Jahr davor. Auch im laufenden Jahr könnte wiederum ein Überschuss entstehen.

*Sondervermögen mit höherem Überschuss*

### Haushalte der Länder und Kommunen

Im vierten Quartal 2005 verzeichneten die Länder ein Defizit von 6 Mrd € gegenüber 4 ½ Mrd € in der gleichen Vorjahrszeit. Im Gesamtjahr belief sich das Defizit auf gut 24 Mrd €. Der Vorjahrswert von 25 Mrd € wurde damit entgegen den Planungen, die zuletzt einen Anstieg vorsahen, unterschritten. Die Gesamteinnahmen wuchsen dabei um 2 % und damit stärker als das Steueraufkommen der Länder (½ %). Ausschlaggebend hierfür waren gestiegene Erlöse aus Beihilferückzahlungen von Landesbanken sowie umfangreiche Vermögensveräußerungen. Die Ausgaben wuchsen um knapp 1 ½ %. Zwar sanken die Personalausgaben. Doch kam es bei den übrigen Aufwendungen zu einem deutlichen Anstieg, der nicht zuletzt auf Rekapitalisierungen von Landesbetrieben zurückzuführen sein dürfte.

*Länderhaushalte im abgelaufenen Jahr mit unerwartetem Defizitrückgang*

Die bisher vorgelegten Planungen für das Jahr 2006 spiegeln das günstigere Vorjahrsergebnis, das für das laufende Jahr einen positiven Basiseffekt haben sollte, überwiegend noch

*2006 kaum Konsolidierungsfortschritte geplant*

*Überschreitung der verfassungsmäßigen Kreditobergrenze*



nicht wider. Bei einer leichten Rückführung der Ausgaben, in der sich per saldo aber nur das Entfallen von Kapitalzuführungen an Landesbetriebe niederschlägt, ist ein Gesamtdefizit von etwa 23 ½ Mrd € vorgesehen. Einzelne Länder haben zwar bereits Anpassungen vorgelegt, die aber auf die Fortschreibung der günstigen Entwicklung im Jahr 2005 begrenzt zu bleiben scheinen. Zahlreiche Länder haben immer noch Schwierigkeiten, die verfassungsmäßigen Regelgrenzen für die Neuverschuldung einzuhalten oder können – im Fall der neuen Bundesländer – den geforderten Nachweis der Nutzung der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen für teilungsbedingte Sonderlasten oftmals nicht erbringen. Daher ist auch vor dem Hintergrund der erwarteten günstigeren konjunkturellen Entwicklung eine entschiedener Rückführung der hohen Länderdefizite anzustreben.

*Kommunale Haushalte 2005 merklich verbessert*

Für die Gemeindehaushalte liegen bisher nur Zahlen für die ersten drei Quartale 2005 vor.<sup>4)</sup> Der bis dahin gegenüber dem Vorjahr verzeichnete Rückgang des Defizits um 1 Mrd € könnte mit den erwarteten weiterhin starken Zuwächsen beim Gewerbesteueraufkommen im Schlussquartal noch steigen. Das Jahresergebnis könnte damit merklich günstiger ausfallen als das des Jahres zuvor (– 4 Mrd €).

## Sozialversicherungen

### Rentenversicherung

Der gewöhnlich im vierten Quartal verzeichnete Überschuss der Rentenversicherung, der

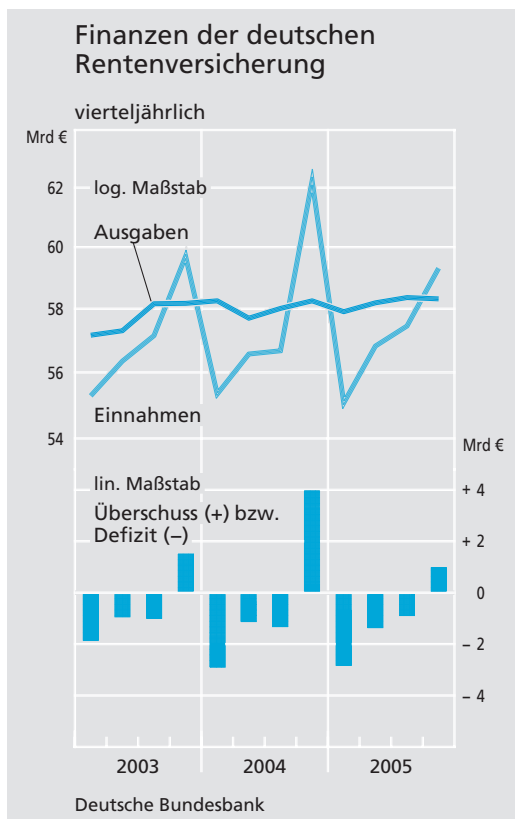
auf Beiträgen auf Sonderzahlungen zum Jahresende beruht, fiel 2005 mit knapp 1 Mrd € deutlich geringer aus als im Vorjahr (4 Mrd €). Im Herbst 2004 war das Ergebnis allerdings durch den Verkauf der Wohnungsgesellschaft GAGFAH verzerrt, der einmalige Einnahmen von 2 Mrd € erbrachte. Weiter wirkte sich aus, dass bereits im dritten Quartal 2005 Bundeszuschüsse in Höhe von knapp 1 Mrd € vorgezogen werden mussten, um die laufenden Ausgaben zu decken. Die Beitragseinnahmen entwickelten sich mit einem Zuwachs von ¼ % deutlich günstiger als im bisherigen Jahresverlauf. Die Rentenausgaben stiegen nach der Nullanpassung zur Jahresmitte um lediglich ½ %. Verantwortlich für den Zuwachs war allein der Anstieg der Rentenzahl. Dagegen kam es zu Einsparungen bei dem von der Rentenversicherung gezahlten Beitrag zur Krankenversicherung der Rentner, da wie bei den Arbeitnehmern seit dem 1. Juli 2005 von den Versicherten ein Sonderbeitrag in Höhe von 0,9 % zu zahlen ist.

Im Gesamtjahr ergab sich ein Defizit von gut 4 Mrd €. Auch ohne Berücksichtigung aus dem GAGFAH-Verkauf im Jahr 2004 bedeutet dies eine spürbare Verschlechterung. Die Rücklage unterschritt mit 0,11 Monatsausgaben zum Jahresende ihren Mindestwert von 0,2 Monatsausgaben deutlich. Damit zeigt sich, dass der Beitragssatz von 19,5 % nicht ausreichend bemessen war. Im laufenden Jahr wird eine Anhebung dadurch vermieden, dass die Arbeitgeber die Sozialbeiträge für zum Monatsende gezahlte Entgelte früher

*Gesetzliche Rentenversicherung mit geringerem Überschuss im vierten Quartal*

*Rücklagen deutlich unter gesetzlichem Minimum*

<sup>4</sup> Eine ausführlichere Kommentierung der Entwicklung der Gemeindefinanzen findet sich in den Kurzberichten des Monatsberichts vom Januar 2006.



abführen müssen. Dadurch werden in den meisten Fällen 13 statt zwölf Monatsbeiträge gezahlt werden. Die Beiträge für den Dezember 2006 werden beispielsweise noch Ende des Monats (und nicht erst Mitte Januar 2007) vereinnahmt und rücklagenwirksam verbucht werden.

*Rasche Anhebung der Rentenaltersgrenzen geboten*

Die dadurch hervorgerufene einmalige Verbesserung des Finanzierungssaldos kann keineswegs grundlegende Reformschritte ersetzen. Um die Abgabenlast in Zukunft zu begrenzen, erscheint nicht zuletzt eine möglichst rasche Anhebung des gesetzlichen Renten- als auch Pensionsalters geboten, wobei hier – zumindest langfristig – angesichts der steigenden Lebenserwartung auch umfangreichere Schritte angezeigt wären. Eine längere Lebensarbeitszeit erhöht die Wirt-

schaftsleistung und verbessert die Finanzlage aller öffentlichen und letztlich auch privaten Haushalte. Zudem wird mit der von der Bundesregierung vorgesehenen frühzeitigen Entscheidung über die Entwicklung des gesetzlichen Ruhestandsalters für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber eine verlässliche Planungsgrundlage geschaffen und ein klares Signal für die zwingend nötige Steigerung der Erwerbsbeteiligung Älterer gesetzt. Die Entlastung wird freilich dadurch begrenzt, dass Versicherte mit 45 Pflichtbeitragsjahren weiterhin einen Anspruch auf eine abschlagsfreie Rente ab 65 Jahren haben sollen. Damit würden gleich große Beitragszahlungen nur deshalb bevorzugt bewertet, weil sie während einer längeren Beitragszeit geleistet werden. Ausnahmeregelungen würden generell die finanzielle Wirksamkeit mindern und höhere Beitragsätze erfordern.

### Bundesagentur für Arbeit

Die Bundesagentur für Arbeit verzeichnete im vierten Quartal 2005 einen Überschuss von 2 ½ Mrd €, der damit um 1 ½ Mrd € höher ausfiel als vor Jahresfrist. Die Verbesserung ergab sich auch durch einen leichten Anstieg der Beitragseinnahmen. Entscheidend war aber der zuletzt verstärkte Rückgang bei den Ausgaben für das Arbeitslosengeld (– 12 %), der in erster Linie auf deutlich abnehmende Empfängerzahlen zurückzuführen ist. Hinzu kamen erhebliche Einsparungen bei den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die allerdings damit zusammenhängen, dass die Finanzierungsverantwortung für Leistungen zu Gunsten der Bezieher von Arbeitslosengeld II auf den Bund überging. Der im

*Bundesagentur für Arbeit mit hohem Überschuss zum Jahresende*

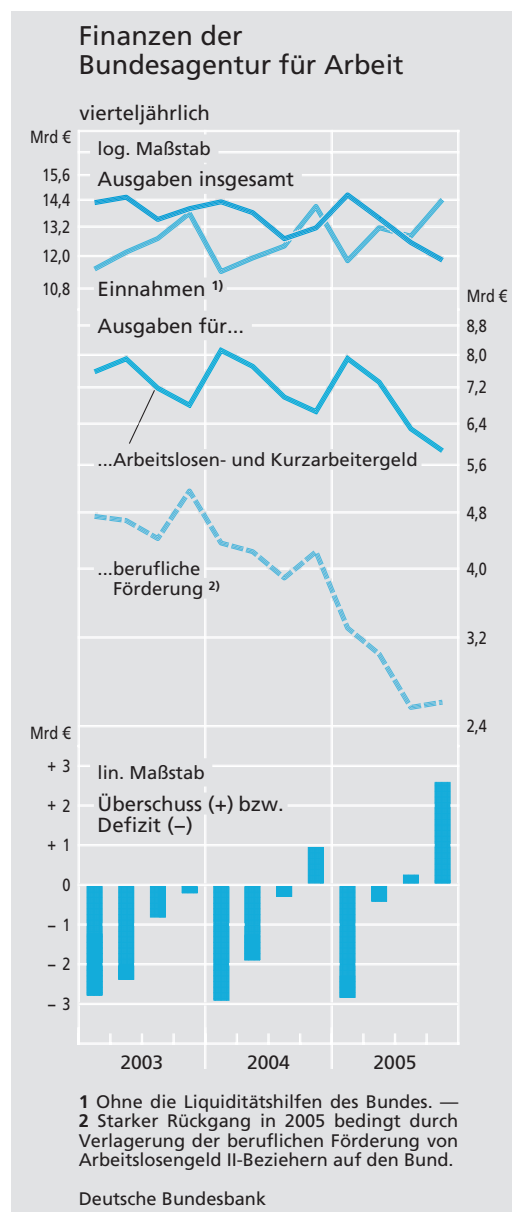
Gegenzug von der Bundesagentur zu zahlende Aussteuerungsbetrag lag im letzten Quartal deutlich unter den Einsparungen bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

Zuschussbedarf  
2005 deutlich  
unter Plan

Im Gesamtjahr 2005 betrug der Zuschussbedarf der Bundesagentur lediglich ½ Mrd €, während im Haushaltsplan 4 Mrd € eingestellt waren. Dies ist sowohl auf die finanziell günstigere Entwicklung beim Arbeitslosengeld als auch bei den Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik zurückzuführen. Außerdem fiel der an den Bund zu zahlende Aussteuerungsbetrag um gut 2 Mrd € niedriger aus als geplant.

Überschuss im  
laufenden Jahr  
erleichtert  
Beitragssatz-  
senkung im  
kommenden  
Jahr

Der Haushaltsplan 2006 der Bundesagentur für Arbeit sieht einen Überschuss von fast 2 Mrd € vor. Neben nochmals erwarteten Einsparungen beim Arbeitslosengeld beruht dies vor allem auf einem kräftigen Anstieg der Beitragseinnahmen. Wie in der Rentenversicherung werden erhebliche einmalige Mehreinnahmen in Höhe von beinahe einem Monatsbeitragsaufkommen auf Grund der früheren Abführung der Sozialbeiträge erwartet. Diese Rücklagen sollen im Jahr 2007 zur Finanzierung einer Beitragssatzsenkung von 6,5 % auf 4,5 % beitragen. Hinzu kommen dann Einsparungen durch die Verkürzung der maximalen Bezugsdauer von Arbeitslosengeld auf zwölf Monate (18 Monate für über 55-Jährige) für diejenigen, die sich nach dem 31. Januar 2006 arbeitslos melden. Das dann noch zu deckende Defizit des Jahres 2007 wird vom Bund auszugleichen sein. Gemäß Angaben der Bundesregierung soll dafür etwa ein Prozentpunkt der Erhöhung des Regelsatzes zur Mehrwertsteuer erforderlich sein.



### Gesetzliche Kranken- und soziale Pflegeversicherung<sup>5)</sup>

Die gesetzlichen Krankenkassen dürften im Jahr 2005 erheblich ungünstiger abgeschlossen haben als im Jahr zuvor. Der positive

*Gesetzliche Krankenversicherung mit vermindertem Überschuss*

<sup>5)</sup> Eine ausführlichere Kommentierung der Finanzentwicklung in der gesetzlichen Krankenversicherung und der sozialen Pflegeversicherung findet sich in den Kurzberichten des Monatsberichts vom Dezember 2005.

Saldo von 4 Mrd € im Jahr 2004 könnte sich halbiert haben. Mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit in der Arzneimittelversorgung“<sup>6)</sup> sollen nun die im vergangenen Jahr wieder besonders stark gestiegenen Ausgaben für Arzneimittel eingedämmt werden.

*Soziale Pflegeversicherung  
mit geringerem  
Defizit*

Bei der sozialen Pflegeversicherung dürfte es 2005 trotz einiger Entlastungsmaßnahmen durch den Sonderbeitrag von Kinderlosen so-

wie die Beitragsmehreinnahmen infolge der Hartz IV-Reform bei einem – wenn auch etwas geringeren – Defizit geblieben sein. Damit schmelzen die Rücklagen, die Ende 2004 noch 3½ Mrd € betragen hatten, weiter ab. So steigt auch hier der Reformdruck.

---

<sup>6</sup> Neben einem auf zwei Jahre befristeten Preismoratorium für alle Arzneimittel sowie einem Zusatzrabatt in Höhe von 10 % auf die Preise von Generika sollen Naturalrabatte an Apotheker verboten und die Festbetragsregelung effektiver gestaltet werden.